

Infoblatt Die Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (seit 1949)



Bundeskanzleramt (MEV)

Übersicht über alle Amtsträger seit 1949

Die Bezeichnung "Bundeskanzler" steht für den Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland, er ist das oberste Organ der Exekutive. Er bestimmt die Richtlinien der Politik und leitet die Regierung und auch deren Geschäfte. Der Bundeskanzler koordiniert auch die einzelnen Bundesministerien und trägt die Verantwortung für die Tätigkeiten seiner Minister (Kabinettsprinzip). 2005 wurde zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine Frau - Angela Merkel - zum "Bundeskanzler" gewählt.

Wie der Bundeskanzler seine, durch das Grundgesetz anerkannte Macht als Regierungschef ausübt, hängt von seiner Persönlichkeit, seiner Position innerhalb der eigenen Partei und der Zusammensetzung der Bundesregierung (Koalition) ab. Der Bundeskanzler wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten auf vier Jahre vom Bundestag gewählt und dann vom Bundespräsidenten ernannt (Art. 63 GG). In dieser Zeit steht er der Regierung vor.

Ein Wechsel des Bundeskanzlers kann innerhalb oder am Ende einer Legislaturperiode passieren: Die Mitglieder des Bundestages stellen ein konstruktives Misstrauensvotum, weil sie mit der Regierung insgesamt nicht zufrieden sind; der Kanzler tritt zurück oder stirbt während seiner Amtszeit; der Verlust des Kanzleramtes findet durch Neuwahlen oder durch einen Koalitionswechsel statt.

In der bisherigen Geschichte haben lediglich zwei Kanzler ihre Amtszeit am Ende einer Legislaturperiode beendet: Dies waren Helmut Schmidt (SPD) (1974 - 1982 = zwei Legislaturperioden) und Helmut Kohl (CDU) (1982 - 1998 = vier Legislaturperioden).

Die Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland im Einzelnen waren:

Konrad Adenauer, CDU (1949 - 1963)

(geb. 5. Januar 1876 in Köln, gest. 19. April 1967 in Rhöndorf)

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Konrad Adenauer (CDU) 1949 Deutschlands erster Bundeskanzler. Er gewann die Wahl mit lediglich einer Stimme Vorsprung (seiner eigenen) gegenüber seinem Gegenkandidaten, dem SPD-Kandidaten Kurt Schumacher. In seiner Amtszeit gab es fünf verschiedene Koalitionen, immer unter Beteiligung von CDU, CSU und FDP. 1961 gewann Adenauer die Bundestagswahl gegen Willy Brandt mit 51,7 % der Stimmen der Abgeordneten.

Er setzte sich vor allem für ein Abkommen über die Wiedergutmachung mit Israel, Verhandlungen mit der Sowjetunion zur Freilassung der Kriegsgefangenen, Aussöhnung mit Frankreich und der Milderungen des Besatzungsstatuts ein.

Adenauer brachte die Europäische Einigung mit auf den Weg: 1958 bildete sich mit den "Römischen Verträgen" die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). 1963 unterzeichneten Adenauer und de Gaulle den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag, die frühere "Erbfeindschaft" gehörte somit der Geschichte an.

Das Jahr 1963 markiert das Ende der Amtszeit Adenauers. Er hatte 3 ½ Legislaturperioden lang regiert und trat aus Altersgründen mit 87 Jahren zurück.

Ludwig Erhard, CDU (1963 - 1966)

(geb. 4. Februar 1897 in Fürth, gest. 5. Mai 1977 in Bonn)

1963 wurde Adenauers Nachfolger Ludwig Erhard gewählt. Sein Ende als Bundeskanzler kam 1966, als die FDP sich von den

Koalitionspartnern CDU und CSU trennte. Erhard hatte lediglich drei Jahre regiert. Für ihn stand besonders der Aufschwung in der deutschen Wirtschaft im Vordergrund.

Kurt Georg Kiesinger, CDU (1966 - 1969)

(geb. 6. April 1904 in Ebingen, gest. 9. März 1988 in Tübingen)

Der CDU-Politiker Kurt Georg Kiesinger wurde 1966 neuer Bundeskanzler. Seine Koalition bestand aus CDU/CSU und SPD (Große Koalition), die FDP bildete die Opposition. Schwerpunkt seiner Regierung war die Ostpolitik, die zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien führte. Die Kontakte zu Prag und Budapest brachen jedoch, durch sowjetische Ablehnung und das Ende des "Prager Frühlings" (August 1968), ab.

Wie sein Vorgänger Erhard hielt sich auch Kiesinger nur drei Jahre im Amt. Die Bundestagswahl 1969 gewann die SPD.

Willy Brandt, SPD (1969 - 1974)

(geb. 18. Dezember 1913 in Lübeck, gest. 8. Oktober 1992 in Unkel bei Bonn)

Bei der Wahl 1969 wurde Willy Brandt (SPD) zum ersten SPD-Bundeskanzler gewählt. Die FDP verlor ein Drittel ihrer Stimmen, entschloss sich aber zur Koalition mit der SPD.

Sein größtes politisches Ziel war die Entspannungs- und Versöhnungspolitik mit dem Osten (Deutsch-Sowjetischer Vertrag 1970, Deutsch-Polnischer Vertrag 1970, Viermächteabkommen über Berlin 1971). Besonders bedeutend war sein Kniefall 1970 vor dem Mahnmahl des Warschauer Ghettos. 1971 wurde er für seine Politik mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. 1974 kam es zum zweiten Rücktritt eines Bundeskanzlers in der Geschichte der Bundesrepublik: Willy Brandts persönlicher Referent Günther Guillaume wurde als DDR-Spion enttarnt. Brandt beschloss daraufhin seinen Rücktritt. Er war 1 ¼ Legislaturperioden im Amt.

Helmut Schmidt, SPD (1974 - 1982)

(geb. 23. Dezember 1918 in Hamburg, gest. 10. November 2015 in Hamburg)

1974 wurde Brandts Nachfolger Helmut Schmidt (SPD) gewählt. Die Koalition aus der Brandt-Ära, SPD und FDP, wurde beibehalten. In Schmidts Amtszeit fielen die weltweite Wirtschaftsrezession, die Ölkrisen der 1970er-Jahre und der Terrorismus der RAF (Rote Armee Fraktion). Schmidt war bis 1982 Bundeskanzler. In diesem Jahr verließ die FDP die Koalition. Nach zwei vollen Legislaturperioden musste Schmidt sein Amt abgeben. Helmut Kohl (CDU) kam durch ein konstruktives Misstrauensvotum an die Macht.

Helmut Kohl, CDU (1982 - 1998)

(geb. 3. April 1930 in Ludwigshafen am Rhein)

Ab 1982 regierte Helmut Kohl eine Koalition aus CDU, FDP und CSU. Nach dem konstruktiven Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt wurde er zum sechsten Bundeskanzler gewählt. Er war mit 52 Jahren der bislang jüngste Inhaber dieses Amtes. Kohl war vier volle Legislaturperioden Bundeskanzler. Erst 1998 verlor er die Bundestagswahl gegen Gerhard Schröder (SPD). Er ging in die Geschichte als der "Einheitskanzler" ein, da er sich besonders für die Vereinigung Deutschlands und Europas einsetzte.

Gerhard Schröder, SPD (1998 - 2005)

(geb. 7. April 1944 in Mossenberg)

Unter der Regierung von Gerhard Schröder bildete die SPD erstmals mit der Partei Bündnis 90/Die Grünen eine Koalition. Bei den Bundestagswahlen 2002 konnte er sich nur knapp gegen Edmund Stoiber (Spitzenkandidat der CDU/CSU) durchsetzen. Schröders Amtszeit war durch innenpolitische Reformen geprägt, aber auch durch die Terroranschläge vom 11. September 2001 gegen die USA und dessen Folgen. Ab 2001 beteiligte sich Deutschland an der Operation Enduring Freedom gegen den Terrorismus und am friedens erzwingenden Einsatz ISAF unter Führung der Nato in Afghanistan. 2003 lehnte die Regierung Schröder eine Beteiligung am von den USA ab 2003 geführten Irak-Krieg ab.

Schröders wichtigsten innenpolitisches Projekt war die "Agenda 2010" zur Refomierung des deutschen Sozialsystems und

des Arbeitsmarktes. Dafür erhielt er Anerkennung, aber auch starke Kritik. Nach der bedeutenden verlorenen Landtagswahl der SPD in Nordrhein-Westfalen stellte Gerhard Schröder 2005 die Vertrauensfrage an den Deutschen Bundestag, welches ihm dieses nicht aussprach. In der Folge wurden der Bundestag aufgelöst und Neuwahlen durchgeführt, die Gerhard Schröder gegen Angela Merkel verlor.

Angela Merkel, CDU (seit 2005)

(geb. 17. Juli 1954 in Hamburg)

Bei den Bundestagswahlen 2005 konnte sich die CDU/CSU mit ihrer Kanzlerkandidatin Angela Merkel knapp gegen die SPD durchsetzen, war aber gezwungen, in den anschließenden Koalitionsverhandlungen in eine Große Koalition einzuwilligen. Auch bei den Bundestagswahlen 2009 errang die CDU/CSU die meisten Stimmen. Bundeskanzlerin bleibt Angela Merkel in einer Koalition aus CDU und FDP.

Bei der Bundestagswahl 2013 verfehlte die CDU knapp eine absolute Mehrheit, die FDP scheiterte an der Fünf-Prozent-Hürde. Die Koalition aus CDU und FDP wurde in der Folge durch eine Große Koalition von CDU und SPD abgelöst.

Literatur

Pöttsch, Horst: Die deutsche Demokratie. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2004.

Sontheimer, Kurt und Wilhelm Bleek: Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. München 1997.

Quellen:

Quelle: Geographie Infothek

Autor: Christine Reinke

Verlag: Klett

Ort: Leipzig

Quellendatum: 2004/2016

Bearbeitungsdatum: 07.01.2016

Autor/Autorin:

Christine Reinke

<http://www.klett.de/terrasse>

Letzte Änderung: 07.01.2016